



Europawoche 2004

Soziale Rechte für alle - Gegen die Festung Europa!

Auf dem Hamburger Rathausmarkt wird in der diesjährigen Europawoche die Erweiterung der EU von 15 auf 25 Mitgliedsstaaten gefeiert. Bei vielen Menschen löst die nur schwer durchschaubare Politik der EU eher Verunsicherung als Feier-Stimmung aus. Massiver Sozialabbau, Kürzungen im Gesundheits- und Bildungsbereich, Privatisierungen, ein wachsender Militär- und Kontrollapparat und ein repressives Vorgehen gegen alle, die nicht ins Bild vom „modernen Europa“ passen, prägen zunehmend die Politik der europäischen Regierungen.

Wir sind Mitglieder verschiedener Gruppen, die gegen Ausgrenzung und Rassismus, für Menschenrechte und menschenwürdige Lebensbedingungen für alle kämpfen.

Wir fordern gleiche Rechte für alle Menschen: Bleiberecht, Bewegungsfreiheit und freie Wahl des Aufenthaltsortes, Wohnungen statt Lager und freien Zugang zu Arbeit und Ausbildung. Nicht nur Flüchtlingen, auch vielen anderen Menschen werden diese Rechte zunehmend vorenthalten bzw. weggenommen.

Flüchtlingspolitik – was haben wir damit zu tun?

Insbesondere gegen Flüchtlinge gehen die europäischen Regierungen mit immer rigideren Maßnahmen vor, die nicht nur fundamentale Menschenrechte, sondern auch geltende Gesetze verletzen. Ziel ist, unerwünschte Menschen gar nicht mehr in die EU herein zu lassen bzw. diejenigen, die es trotzdem bis hierher schaffen, so schnell wie möglich wieder los zu werden. Dabei ist den Politikern und Behörden egal, ob in den Herkunftsländern der Flüchtlinge Krieg, Bürgerkrieg oder politische Unterdrückung herrschen, ob die Menschen krank oder traumatisiert sind, ob sie hier deutsche Kinder, Ehepartner oder Eltern mit festem Aufenthaltsstatus haben – Hauptsache, sie sind weg. Der deutschen Bevölkerung wird vorgegaukelt, damit seien ihre Probleme gelöst. Tatsächlich werden Maßnahmen, die an Flüchtlingen zuerst praktiziert werden, auf andere Bevölkerungsgruppen ausgeweitet: von der Erfassung und Kontrolle über Kürzungen von Sozial- und Gesundheitsleistungen bis hin zu Einschränkungen der Mobilität und Verweigerung von menschenwürdigen Wohn- und Arbeitsbedingungen.

Wir fahren deshalb am 29.4.04 mit einem Bus zu den Orten der Hamburger Abschiebe-, Vertreibungs- und Kriminalisierungspolitik gegen Flüchtlinge:

- vom **Rathaus**, wo die für diese Politik in Hamburg Verantwortlichen residieren, die davon reden, dass „Flüchtlinge unsern Wohlstand verfrühstücken“, während tatsächlich von unseren Steuergeldern die Aufrüstung von Polizei und Justiz, die Erweiterung von Haftanstalten, Ruhegelder für gescheiterte Politiker und Prestigeprojekte finanziert werden;
- zum **Hauptbahnhof**, wo mit Begründungen wie „Zerschlagung der Drogenszene“ und „Anti-Terror-Maßnahmen“ immer mehr insbesondere „ausländisch“ aussehende Menschen, aber auch andere Unerwünschte (Arme, Obdachlose etc.) kontrolliert und vertrieben werden;
- zur **Ausländerbehörde**, wo täglich Hunderte von Flüchtlingen schikaniert und abgeschoben werden, wo ärztliche Atteste ignoriert, persönliche Gegenstände beschlagnahmt, Jugendliche „ältergemacht“, Menschen endlosen Verhören unterzogen, mit von deutschen Behörden ausgestellten Passersatzpapieren ins Flugzeug gesetzt oder zur „freiwilligen“ Ausreise, z.B. in das immer noch kriegsgeschüttelte Afghanistan, gezwungen werden;
- zum **Hafen**, wo immer wieder Flüchtlinge als „blinde Passagiere“ ankommen, da anders als auf solchen gefährlichen Wegen, auf denen viele den Tod finden, der Zugang in die „Festung Europa“ zunehmend unmöglich gemacht wird;
- zum **Flüchtlingsaufnahmeschiff „Bibby Altona“**, das seit 1.10.03 der Innenbehörde untersteht und zu einem Abschiebelager umstrukturiert wurde, wo durch Verhöre, Durchsuchungen, Geldverweigerung und andere Maßnahmen neu angekommene Flüchtlinge dazu gebracht werden sollen, Deutschland so schnell wie möglich wieder zu verlassen. In der EU-Politik haben Lager für die Unerwünschten zunehmend Konjunktur, sei es innerhalb der EU-Länder, an den (neuen) geschlossenen Grenzen der EU oder gleich ganz weit weg in den Herkunftsregionen von Flüchtlingen. Frei werdende Plätze in heruntergekommenen Flüchtlingslagern z.B. hier in Hamburg werden Obdachlosen zugewiesen, statt allen Menschen Wohnungen zur Verfügung zu stellen.
- Zur **Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel** („Santa Fu“), wo immer mehr Flüchtlinge und Migranten in Straf- und Abschiebehaftsitzen.

Fahren Sie mit in unserm Bus am 29.04.2004, um 10 Uhr ab Rathausmarkt oder kommen Sie an unseren Stand im Zelt der Europajugend auf dem Rathausmarkt am 24. und 28.4.2004 jeweils von 13.00 bis 18.00 Uhr